

Strömungen innerhalb der Sozialen Demokratie

Von Christian Henkes

1. Einleitung

Die Geschichte der Sozialdemokratie¹ ist seit ihrem Auftreten im 19. Jahrhundert auch eine Geschichte der ständigen programmatischen Revisionen. Träger solcher Revisionen waren immer bestimmte Strömungen innerhalb der Partei, die sich gegenüber anderen Strömungen durchsetzten und dadurch als distinkte Gruppe überhaupt sichtbar wurden. Seit 1998 lässt sich ein solcher Prozess gerade in Deutschland wieder beobachten. Die augenblicklichen Strömungen innerhalb der Sozialen Demokratie haben unterschiedliche Erwartungen an die einzuschlagende Politik und es entstand in der Regierungszeit seit 1998 vehementer Streit um die konkrete Ausrichtung der Regierungspolitik. Da sich Ähnliches im Zeitverlauf bereits mehrfach beobachten ließ, kann von konjunkturellen Wellen der programmatischen Selbstvergewisserung innerhalb der Sozialen Demokratie gesprochen werden, bei denen Strömungen als handelnde Akteure gelten können.

In diesem Beitrag soll es vorrangig um zweierlei gehen: (1) Eine Analyse der augenblicklichen Strömungen innerhalb der Partei der Sozialen Demokratie und ihre unterschiedlichen Politikkonzepte. (2) Eine Einschätzung darüber, wie der jeweilige nationale Handlungskontext und die in ihm enthaltenen Institutionen Strategie und Ausrichtung der Strömungen beeinflusst. Hierbei soll sich auf das Politikfeld Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Soziales beschränkt werden. Hier werden die unterschiedlichen Positionierungen am deutlichsten und die Ziele und Instrumente in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind für das Selbstverständnis der Sozialen Demokratie zentral und identitätsstiftend. Es ist ihre Kernkompetenz als politischer Akteur oder – pathetisch ausgedrückt – ihre Seele.

Bewusst wird eine zentrale Konfliktlinie und die damit zusammenhängenden Politikfelder innerhalb der Sozialen Demokratie nicht berücksichtigt. Dies sind die Politikfelder, welche vom Aufkommen postmaterieller Einstellungen geprägt sind, so z.B. die Umweltdebatte, die Behandlung kultureller Heterogenität oder der Stellenwert des Pazifismus in der Partei. In all diesen Feldern gibt es wichtige Akzentuierungen durch die Soziale Demokratie und auch entsprechende Strömungen. Wie aber analytisch dargelegt werden kann (vgl.: Kitschelt 1994), handelt es sich um eine unabhängige ge-

¹ Der Artikel referiert auf das Konzept der Sozialen Demokratie (vgl.: Meyer 2005). Maßgebliche politische Akteure einer solchen Vorstellung sind in Europa die Parteien der Sozialdemokratie, weswegen beides in diesem Beitrag deckungsgleich verwendet wird.

sellschaftliche Konfliktlinie, die sich durch die Pole Liberalität und Autorität konzeptionalisieren lässt und unabhängig von der materiellen Konfliktlinie ist, welche wiederum durch die Begriffspaare Markt und Staat oder Kapital und Arbeit bestimmt ist.

Der Beitrag baut wie folgt auf: Zunächst soll das Aufkommen signifikanter Strömungen und die damit einhergehenden programmatischen Revisionen innerhalb der Sozialen Demokratie kurz skizziert werden, um die historische Bedeutung für Programm und Politik aufzuzeigen. Im dann folgenden Abschnitt wird eine generelle analytische Konzeptionalisierung dieser programmatischen Revisionen vorgenommen, die auf die aktuellen Strömungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie angewendet wird. Sodann werden die wichtigsten Elemente des nationalen Handlungskontextes beleuchtet, um ihre Bedeutung für die programmatische Positionierung aufzuzeigen. Einige abschließende Bemerkungen runden den Beitrag ab.

2. Historische Revisionen

In der Geschichte der Sozialen Demokratie lassen sich drei Phasen identifizieren, in denen besonders intensiv um die inhaltliche Ausrichtung gerungen wurde – die vierte findet möglicherweise augenblicklich statt (vgl.: Merkel 1996; Merkel 2000). Unberücksichtigt bleiben hier die vielen kleineren Programmdiskussionen, die sich nicht direkt auf die Kernelemente der Sozialen Demokratie bezogen. Die drei markantesten Revisionsdebatten waren:

Vor 1914: Der Revisionismusstreit

Die Parteien der Sozialen Demokratie wurden im 19. Jahrhundert als Instrumente des werktätigen Proletariats im Klassenkampf mit den besitzenden Klassen und dem bürgerlichen Staat gegründet. Programmatisches Fernziel war der Aufbau des Sozialismus nach einer vorher notwendigen Revolution. Schnell wurde die Marx'sche Kapitalismuskritik zur programmatischen Grundlage (vgl.: Potthoff/Miller 2002: 54 f.). Als Parteien nahmen sie aber trotz dieser revolutionären Grundierung dort, wo es möglich war, an parlamentarischen Wahlen teil. Mit anhaltenden Wahlerfolgen musste eine Debatte darüber entstehen, wie die Parteien den durch Stimmen und Sitze gewonnenen Einfluss nutzen sollten. Konkret ging es darum, ob nicht auch schon im kapitalistischen System an Verbesserungen der Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen mitgewirkt werden sollte, was allerdings das bestehende System stabilisieren würde. Die gerade auf lokaler Ebene stattfindende tagtägliche Reformarbeit und die zumindest punktuelle Zusammenarbeit mit anderen politischen

Formationen standen dabei nicht generell in Frage, vielmehr waren deren Stellenwert für Programm und Selbstverständnis umstritten. Gemeinsam mit anderen wandte sich Eduard Bernstein gegen die marxistische Position, vertreten z.B. durch Karl Kautsky, die von einer gesetzmäßigen, gesellschaftlichen Entwicklung und einer krisenhaften Zuspitzung der Klassegegensätze ausging (vgl.: Bernstein 1977 [1921]; Meyer 1991). Die Revisionisten äußerten Zweifel an dieser deterministischen Weltansicht und sahen es als Hauptaufgabe der Partei an, im bestehenden System für graduelle Veränderungen zu sorgen. Es sollte programmatisch nachvollzogen werden, was die Partei real schon längst war: Eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. Die durch diesen Angriff auf das Selbstverständnis weiter Teile der Partei entflammte Debatte wurde dahingehend entschieden, dass eine Revision des Programms von Parteitagsmehrheiten verworfen wurde. In der täglichen Praxis wurde aber immer stärker nach dieser Maxime verfahren. Eine Kohärenz zwischen den postulierten Zielen und den eingesetzten Instrumenten war eigentlich nicht gegeben. Die praktische Arbeit vor Ort wurde wesentlich von der Gruppe der Reformisten in Partei und Gewerkschaft bestimmt, die sich zwar nicht massiv in die theoretische Debatte einbrachten, aber in ihrem Tun der revisionistischen Strömung sehr nahe standen.

Nach 1918: Der Streit um die anzustrebende Staats- und Wirtschaftsform

Auch während der Zeit des 1. Weltkrieges und nach der Novemberrevolution 1918 lassen sich deutliche Strömungen innerhalb der Partei erkennen, die bis zur Spaltung der Partei führten. In der Kriegszeit führten tiefgehende Differenzen hinsichtlich der Zustimmung zur Kriegsfinanzierung letztlich zur Spaltung der SPD in Mehrheits- und Unabhängige Sozialdemokraten. Diese Spaltung stand quer zur bisherigen Trennung in Radikale und Reformen, leitete aber eine endgültige Spaltung des linken politischen Spektrums ein. Nach der Revolution gab es in diesen beiden Gruppen² sehr unterschiedliche Auffassungen über die aufzubauenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen und besonders um die Rolle der entstandenen Räte (vgl.: Potthoff/Miller 2002: 83 ff.; Walter 2002: 49 ff.). Ohne hier alle damaligen Differenzierungen und Ereignisse zu wiederholen, so lässt sich doch festhalten, dass es im Kern darum ging, ob das Endziel des Sozialismus auf der Basis einer demokratischen Republik oder einer irgendwie gearteten Räteverwaltung erreicht werden sollte. Des Weiteren war umstritten, inwieweit die Wirtschaftsform des Marktes beibehalten werden sollte und wie weit die Nationalisierung der Produktionsfaktoren gehen sollte. Am Ende dieser Kontro-

² Zusätzlich ist noch die Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu berücksichtigen.

verse stand die endgültige Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten. Nach dieser Abspaltung war das Prinzip der liberalen Demokratie als Basis der Sozialen Demokratie unumstritten, ebenso wie das anzustrebende Ziel des demokratischen Sozialismus. Es wurde allerdings immer deutlicher, dass die dazu passenden Instrumente für die politische Arbeit in einer Marktgesellschaft zumindest unklar blieben.

Nach 1945: Der Weg nach Godesberg

Nach 1945 knüpfte die Sozialdemokratie sowohl personell als auch inhaltlich relativ nahtlos an die Weimarer Zeit an. Angesichts der Erfahrungen der Weimarer Republik wurden von großen Teilen der Partei die bürgerlichen Parteien mit großer Skepsis betrachtet und sie sah sich weiterhin als Vertreterin der Arbeiterklasse, ohne sich mental und programmatisch der weiteren Gesellschaft zu öffnen (vgl.: Lösche/Walter 1992: 107 ff.). Daneben reaktivierte die Partei in ihren Programmen Planungs- und Nationalisierungsvorstellungen, die gänzlich an den gesellschaftlichen Realitäten in Bevölkerung und Ökonomie vorbeigingen. Der entscheidende Schub für die schon länger in der Partei gärenden Modernisierungsbemühungen waren neben der langsamen Auflösung der gesellschaftlichen Milieus in Deutschland vor allem die verlorenen Bundestagswahlen 1953 und 1957. Die Parteiführung um Ollenhauer ist dabei nicht unbedingt als traditionalistische Gegenspielerin der Modernisierer zu sehen, sondern eher als Mittlerin zu den anderen Teilen der Partei. Die Verabschiedung des Godesberger Programms kann als eine der markantesten Revisionen innerhalb der Sozialen Demokratie gesehen werden. Übrigens weniger aufgrund der Eindeutigkeit des verabschiedeten Textes, sondern aufgrund der öffentlichen Wahrnehmung. Mit diesem Programm verabschiedete sich die SPD von einer rein marxistischen Weltansicht und verankerte sich eher in einem grundwertegestützten Sozialismus. Neben anderen Neubewertungen wurde die Rolle des Marktes als ein Verteilungsprinzip in der Ökonomie gewürdigt. Entscheidend an diesem Programm waren weniger die umstürzenden neuen Erkenntnisse als vielmehr die gelungene inhaltliche Verknüpfung von tatsächlichem politischen Handeln und den programmatischen Inhalten (Lösche/Walter 1992: 114).

3. Ziele und Instrumente der Sozialen Demokratie

Bei diesen historischen Revisionen ist ein grundlegendes Muster erkennbar, das zur Strukturierung der gegenwärtigen Debatte nutzbar ist. Hinter ernstzunehmenden Strömungen innerhalb der Sozial-

demokratie stehen unterschiedliche Politikauffassungen über die grundlegenden politischen Ziele und die zur Zielerreichung einzusetzenden Instrumente angesichts der jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen. Im ersten Revisionismusstreit geschah dies in erster Linie hinsichtlich der einzuschlagenden Strategie (Reform oder Revolution), was sich dann im zweiten Streit nach 1918 auch auf die konkrete Zielbeschreibung des „demokratischen“ Sozialismus bezog. Im Prozess der Neuformulierung des Godesberger Programms war es dann die Entscheidung zwischen marxistischer Grundierung oder einem Sozialismus der Grundwerte sowie den hier einzusetzenden Instrumente.

Es muss nicht so weit gegangen werden, den Revisionismus zu einer Grundkonstante sozialdemokratischer Politik zu erklären, bei diesem handelt es sich vielmehr um die Reaktion auf sich verändernde äußerer Bedingungen. Gehen wir von einer sozialdemokratischen **Trias aus Grundwerten, Zielen und Instrumenten** aus (vgl.: Merkel et al. 2006: 25 ff.), so handelt es sich beim Revisionismus um die Anpassungsleistungen, die notwendig sind, um Kohärenz zwischen Grundwerten, Zielen und Instrumenten unter sich verändernden Umweltbedingungen zu gewährleisten. Diese Trias inhaltlicher Ebenen ist geeignet, Strömungen innerhalb der Sozialen Demokratie unabhängig von tagespolitischen Entwicklungen zu strukturieren.

Selten umstritten sind die der Sozialen Demokratie inhärenten **Grundwerte** Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Seit 1918 berufen sich alle Strömungen innerhalb der Sozialen Demokratie darauf. Das im Laufe der Zeit die Verwirklichung dieser Grundwerte im Sozialismus, im Demokratischen Sozialismus oder in der Sozialen Demokratie gesehen wurde, ist im Grunde Semantik – wenn auch eine, mit der eine gewisse Nostalgie verbunden ist. Diese Einigkeit täuscht aber zuweilen, da insbesondere der mittlere Begriff – Gerechtigkeit – unterschiedliche Definitionen zulässt, die zu sehr unterschiedlichen Zielen und Instrumenten führen können. Dies fängt schon damit an, dass umstritten ist, welche konkrete Form der Gleichheit mit dem Gerechtigkeitsbegriff verbunden wird (vgl.: Henkes/Petring 2007: 51 f.). Bedeutsam ist dies deshalb, weil solche metaphorischen Ziele in der politischen Wirklichkeit in konkrete politische Ziele quasi übersetzt und mit zu erreichenden Zielen innerhalb einzelner Politikfelder kombiniert werden müssen.

So war es das Problem der Partei vor Godesberg, dass die grundlegenden Ziele nicht mit der verfolgten Politik und den verwendeten Instrumenten zu vereinbaren waren. Spannungen treten immer dann auf, wenn die Instrumente offensichtlich nicht geeignet sind, die wahrgenommenen Probleme zu lösen und dem Ziel näher zu kommen, also kein kohärentes Politikkonzept im Ganzen vorlag.

Außerhalb der Sozialdemokratie wurden bereits in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts die theoretischen Grundlagen gelegt, die für das Instrumentarium der Sozialdemokratie in Europa von enormer Bedeutung waren und es ermöglichten, diese Kohärenz zu erreichen. Zum einen formulierte der so genannte ‚Beveridge-Report‘ in Großbritannien ein relativ konsistentes Modell eines umfassenden Wohlfahrtsstaates in einer kapitalistischen Demokratie. Zum anderen stellte John Maynard Keynes mit seiner ‚General Theory‘ erstmals ein wirtschaftswissenschaftliches Instrumentarium zur Verfügung, dass dem Staat durch Beeinflussung der Nachfrageseite eine steuernde Rolle für mögliche Krisen in der Ökonomie zuwies und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung mit dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft verband.

Die in diesen beiden Werken enthaltenen Vorstellungen modernen Staatshandelns konnten der Sozialdemokratie sowohl die inhaltlichen Zielkonzepte als auch die entsprechenden Instrumente bieten, die ihrer Politik bis dahin fehlten. Nun war es theoretisch möglich, innerhalb des Kapitalismus wirtschaftliches Wachstum mit sozialer Gleichheit zu vereinbaren.

Basierend auf diesen Arbeiten entwickelte die Sozialdemokratie nach 1945 ein kohärentes eigenes Politikkonzept bei Akzeptanz politischer Demokratie und marktwirtschaftlichem Kapitalismus. Zur Verwirklichung der Grundwerte und als Ausdruck des übergreifenden Ziels konnten für die Fiskal-, Sozial und Beschäftigungspolitik die konkret zu erreichenden Ziele der Umverteilung, der Dekommodifizierung³ und der Vollbeschäftigung ausgegeben werden. Diesen Zielen konnten dann auch konkrete Instrumente staatlichen Handelns zugeordnet werden (vgl.: Tabelle 1):

Ziele und Instrumente der Sozialdemokratie nach 1945

Politikfeld	Politikziel	Politikinstrumente
Fiskalpolitik	Umverteilung	Progressive Steuerpolitik Ausbau der Staatsausgaben Konjunkturpolitik
Sozialpolitik	Dekommodifizierung	Ausbau des Wohlfahrtsstaates Bereitstellung staatlicher Dienstleistungen
Beschäftigungspolitik	Vollbeschäftigung	Keynesianische Nachfragesteuerung Öffentliche Beschäftigung Arbeitsmarktregulierung

³ Bei der Dekommodifizierung handelt es sich um einen Begriff aus dem angelsächsisch-skandinavischen Sprachraum, der von Esping-Andersen (1990) dahingehend definiert wird, dass die Arbeitskraft durch staatliches Handeln ihre Markteigenschaften verliert, bzw. vor Marktgeschehen geschützt wird.

Dieses Ensemble aus spezifischen Politikzielen und Instrumenten lässt sich heute als traditionelles Konzept Sozialer Demokratie begreifen. Es wies dem Staat eine Reihe wirtschaftspolitischer Steuerungsaufgaben zu, er wurde also zu einem primären Instrument sozialdemokratischer Politik. Innerhalb eines solchen „funktionalen Sozialismus“ (Adler-Karlsson 1973) war eine weitere Debatte über Konzepte der Verstaatlichung von Produktionsfaktoren überflüssig geworden, wenn dies auch in unterschiedlichem Ausmaß für bestimmte öffentliche Güter immer noch als notwendig angesehen wurde (vgl.: Merkel 1993: 123 f.).

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zeigten sich erste Grenzen dieses sozialstaatlichen und nachfrageorientierten Politikansatzes, aufgrund von Entwicklungen, die sich dann für die 1990er Jahre in den zentralen Herausforderungen der Globalisierung, der Europäisierung und dem sozialen Wandel der Gesellschaft zusammenfassen lassen (vgl.: Merkel et al. 2006: 37 ff.).

Zwischenzeitlich hatte die SPD auf einige dieser Entwicklungen durch eine Neufassung ihres Grundsatzprogramms (Berliner Programm) reagiert. Dieses Programm war allerdings am Tag der Verabschiedung bereits überholt, da es die Entwicklungen nach dem Fall der Mauer nicht antizipieren konnte und erkennbar darauf gerichtet war, die Strömung der postmaterialistischen Umweltbewegten wieder in der Partei einzubinden. Was allerdings unterblieb, war eine Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik, so dass auf diesem Feld immer noch eine „situationsbezogene Konkretisierung der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ (Meyer 2001: 13) vonnöten ist.

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ist Ende des 20./ Anfang des 21. Jahrhunderts ein solcher Prozess der Neudefinition von Gerechtigkeit und Solidarität wieder aufgebrochen. Träger dieser Diskussion um eine programmatische Neujustierung – und natürlich einer entsprechenden Politik – sind erneut parteiinterne Strömungen.

4. Die Strömungen und die aktuelle Debatte

Alle europäischen Parteien der Sozialen Demokratie waren zu Beginn der 1990er Jahre gezwungen, Antworten darauf zu finden, wie unter den Herausforderungen der Globalisierung und des sozialen Wandels sozialdemokratische Politik strategisch neu auszurichten sei (vgl.: Cuperus/Kandel 1998), d.h. welche Instrumente unter diesen Bedingungen für möglicherweise neue Politikziele geeignet sind und wie soziale Gerechtigkeit zu definieren sei. In dieser europaweiten Debatte kann die SPD als Nachzüglerin angesehen werden. Andere Parteien der Sozialen Demokratie in Europa begannen

diesen Prozess früher und zum Teil noch in der Opposition (z.B. in Großbritannien und Dänemark). In der SPD setzte dieser Prozess der Vergewisserung erst in der Regierungsverantwortung ein, während in der vorangegangenen Oppositionszeit gerade auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik programmatisch bemerkenswert wenig geschehen war (vgl.: Gohr 2001).

Innerparteiliche Strömungen sind die wesentlichen Träger dieses Prozesses, wobei diese Strömungen nicht unbedingt in organisierter Form auftreten müssen, sondern es sich um Gruppen von Personen innerhalb einer Partei handelt, die eine gemeinsame Problemdefinition und Lösungsvorstellungen teilen. So sind die folgenden Charakterisierungen nicht unbedingt identisch mit relativ festgefügt innerparteilichen Organisationen wie z.B. dem Seeheimer Kreis, der Demokratischen/Parlamentarischen Linken oder dem „Netzwerk“, wiewohl diese jeweils einen entsprechenden Schwerpunkt haben. Auch wenn die folgenden Bezeichnungen vorhandene interne Differenzierungen nicht beachten, so lassen sich in Deutschland während der Regierungszeit der rotgrünen Koalition und danach folgende Strömungen identifizieren (vgl.: Padgett 1994; Egle/Henkes 2003):

Zum einen die Gruppe derjenigen, die als „Traditionalisten“ bezeichnet werden können. Für diese Gruppe haben die oben genannten Instrumente und Ziele im Grunde immer noch Gültigkeit, besonders in der Sozialpolitik sollen die bestehenden Schutzmechanismen des Sozialstaates verteidigt werden. Weiterhin soll das Ziel der materiellen Umverteilung nicht aufgegeben werden und eine nachfrageorientierte Fiskalpolitik kann weiterhin ihre Wirkung entfalten. Erwartungsgemäß ist diese Strömung innerhalb der Linken, der Jusos und der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) dominant. Eine Postnationale Linke⁴ lässt sich ebenfalls dieser Strömung zurechnen, auch wenn diese Gruppierung als Antwort auf die Globalisierungszwänge eine europäische Wirtschaftsdemokratie präferiert, um die entsprechenden Instrumente wirksam einsetzen zu können.

Dem stehen die „Reformer“ oder „Modernisierer“ gegenüber, die die Wirksamkeit eben dieser alt hergebrachten Einsichten bezweifeln, auch wenn sie kein geschlossenes politisches Konzept haben (vgl.: Weßels 2001). Vertreten wird eine Hinwendung zu einer eher angebotsorientierten Politik, da dadurch besser als durch nachfrageorientierte Politik wirtschaftliches Wachstum generiert werden könne. Die Betonung liegt auf Politikinstrumenten, die wie die Bildungspolitik auf die Förderung der ‚Employability‘ der Individuen gerichtet ist. Die übergreifende Zielvorstellung manifestiert sich

⁴ Für den weiteren Gang der Argumentation wird auf die Darstellung dieser Gruppierung aus zwei Gründen verzichtet: Erstens gibt es starke inhaltliche und personelle Überschneidungen mit den Traditionalisten und zweitens ist sie für die strategische und inhaltliche Positionierung der Partei nicht so wichtig wie das Verhältnis der beiden anderen zueinander.

in einem Gerechtigkeitsbegriff, der den Schwerpunkt auf eine Gleichheit der Lebenschancen⁵ und nicht einer materieller Gleichheit legt. Deshalb ist der Umbau des passiven nachsorgenden hin zu einem aktiven vorsorgenden Sozialstaat so wichtig, da nur so diese Kernanliegen erreicht werden könnten. Eine neue Begrifflichkeit ist hierbei die Aktivierung. Diese Strömung ist eher in den Gruppierungen der Seeheimer⁶ und des neu gegründeten „Netzwerks“ zu finden.

Die Regierungszeit 1998 bis heute

Vor der Bundestagswahl 1998 waren die Machtverhältnisse zwischen diesen Strömungen ungeklärt und es war der SPD nicht gelungen, das im Wahlkampf zugkräftige Motto „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ in ein kohärentes Politikangebot zu übersetzen. Mit dem Dualismus von Bundeskanzler Schröder⁷ und Parteichef (und Finanzminister) Lafontaine waren 1998 diese beiden Strömungen auch personell in der Regierung vertreten. Mit dem Rücktritt Lafontaines von allen Ämtern am 11. März 1999 war der Ziel- und Strategiekonflikt innerhalb der Regierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik entschieden. Nach dem Rücktritt hatten die Modernisierer bei den mit Kompetenzen ausgestatteten Posten innerhalb der Regierung und der Partei eine deutliche Übermacht oder diese waren zumindest mit Personen besetzt, die im Zweifelsfall Reformen mittragen würden. Es zeigte sich die personelle Schwäche der traditionalistischen Strömung auf den höheren Ebenen. Eher traditionalistische Vorsitzende von Arbeitsgemeinschaften wie der AfA oder den Jusos hatten medial und politisch dieser „exekutiven“ Übermacht wenig entgegenzusetzen. Das strategische Übergewicht nutzten die Modernisierer, um zumindest in einigen Politikfeldern entsprechende Reformen in Gang zu setzen, zu nennen ist hier die Unternehmenssteuerreform oder die Rentenreform. Beide Reformvorhaben wurden von der Fraktion zwar mitgetragen, aber eben nicht aus Überzeugung und unter laufendem Protest der Gewerkschaften. Da bei den Parteimitgliedern und gerade auf der unteren/ mittleren Funktionärssebene eher traditionelle Auffassungen vorherrschten, wurde die Richtung der Politik von der Partei nicht wirklich mitgetragen. Hinzu kam eine sehr ungeschickte Kommunikations- und Vermittlungsstrategie der Leitungsebene (vgl.: Meyer 2007). Die Inkohärenz zwischen programmatischer Beschlusslage und implementierter Politik war

⁵ Ohne dies hier auszuführen, muss klar gestellt werden, dass Lebenschancengleichheit deutlich umfassender ist als eine liberal verstandene Chancengleichheit.

⁶ Die Seeheimer als „Parteirechte“ sehen ihre Hauptaufgabe in der Stützung der Regierung und weniger in theoretischen Reflexionen. Eine gewisse „konservative“ Sicht zur Erhaltung des Wohlfahrtsstaates findet sich auch hier.

⁷ Bei allen Ambivalenzen in der Politik des Bundeskanzlers ist dieser in der Rückschau doch klar den Modernisierern zuzurechnen.

deutlich sichtbar. Der Beschluss im Dezember 1999, ein den neuen Gegebenheiten angepasstes Grundsatzprogramm zu verfassen, war sichtbar von der Absicht geprägt, die bereits vollzogene Politik nachträglich zu legitimieren und einen breit angelegten Diskurs innerhalb der Partei nachzuholen. Dieser Prozess hatte von Seiten der Parteiführung zumindest bis 2005 nicht die nötige Aufmerksamkeit und auch seitens der unteren Ebenen der Partei war die Begeisterung mäßig, da eine Revision nicht als notwendig erachtet wurde. Die strömungsbedingten Differenzen entzündeten sich dagegen immer wieder an den konkreten Vorhaben der Regierungspolitik, besonders sichtbar bei der Debatte um die Hartz-Gesetze. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II, sowie die Begrenzung der Bezugsdauer des einkommensbezogenen Arbeitslosengeldes I wird innerhalb weiter Teile der Partei als ein Abbau von Sozialstaatlichkeit und zutiefst ungerecht empfunden. Tatsächlich kann man im Sinne einer Politik des Dritten Weges (vgl.: Giddens 1999) diese Einschränkung passiver, statussichernder Elemente als Ausdruck einer Modernisierung des Sozialstaates verstehen, wenn damit Mittel zugunsten aktiver Interventionsinstrumente freigemacht werden. Was den Modernisierern in der SPD aber offensichtlich nicht gelungen ist, ist, diese positiven Aspekte eines aktiven Wohlfahrtsstaates deutlich zu machen und das Vorhaben an die programmatischen Gewissheiten der eigenen Partei anzubinden. Verbal und in der öffentlichen Wahrnehmung gerieten sie allzu schnell in ein neoliberales Fahrwasser. Die Unzufriedenheit des traditionalistischen Parteiflügels (und der dahinter stehenden Wählergruppen) erreichte mit dieser Reform ihren Höhepunkt und zeigte sich in entsprechenden Meinungsäußerungen, Umfrageergebnissen und verlorenen Landtagswahlen bis hin zum Erstarken der Linkspartei bei der vorgezogenen Neuwahl des Bundestages 2005. Nur die ungeschickte Wahlkampfstrategie des politischen Gegners verhinderte eine deutlichere Niederlage.

Seitdem wurde innerhalb der Partei und auch von der Führung wesentlich intensiver an einer Neuformulierung des Grundsatzprogramms gearbeitet, die im Oktober 2007 im neuen „Hamburger Programm“ endete. Die unterschiedlichen Strömungen brachten sich mit entsprechenden Vorlagen in diesen Prozess ein, wobei jede der Gruppierungen einen legitimen Kern sozialdemokratischen Anliegen vertrat, der sich dann auch in einem Grundsatzprogramm wieder finden muss. Die Traditionalisten verweisen zu Recht darauf, dass es ein Kernanliegen Sozialer Demokratie sein muss, für eine materielle Umverteilung zu sorgen und Lebensrisiken aufgrund materieller Armut zu verringern. Das wichtigste Instrument hierzu ist immer noch der Wohlfahrtsstaat. Besonders für Personen, die nicht mehr am Marktgeschehen teilnehmen können, sind monetäre Transfers notwendig. Die

Gefahr liegt darin, dass durch den Widerstand gegen eine Absenkung sozialer Standards auch Strukturen verteidigt werden, die nicht mehr den eigentlichen Zielen dienen bzw. sehr partikulare Interessen bedienen. Dieses Problem ergibt sich aus dem Typ des konservativen passiven Wohlfahrtsstaates, der aufgrund des eingebauten Äquivalenzprinzips zu sehr auf eine Statussicherung ausgerichtet ist.

Hier weisen Modernisierer zu Recht darauf hin, dass diese passiven traditionellen Instrumente zu einem Teil ihre Wirksamkeit verloren haben und deshalb ein neuer Politikansatz vonnöten ist. Für die Lebenschancen der Menschen sei eine Orientierung auf Instrumente notwendig, die aktiv, wirkungsvoller und im Vorfeld Rahmenbedingungen schaffen, so dass die Wahrnehmung dieser Chancen aus eigener Kraft möglich sei. Nachsorgende Absicherung im bisherigen Umfang sei demgegenüber nachrangig. Die Gefahr hierbei ist jedoch, dass eine solche Politik zu weit getrieben werden kann und dass nicht mehr die Förderung durch den Staat, sondern der Druck des Marktes zur Aktivierung führt. Dadurch würde dann aber ein zentrales Element der Sozialen Demokratie beschädigt.

Der programmatische Kern der Differenz

Diese Differenz in der Auffassung über das Verhältnis von Markt und Staat kann als strukturierend für die Strömungen angesehen werden. Die Debatte lässt sich im Kern auf die Frage reduzieren, welche Rolle dem Staat in Bezug auf das Individuum zukommt, wenn von einer grundsätzlichen Akzeptanz des Marktes als Steuerungsmedium für die Ökonomie ausgegangen wird. Dies kommt in den verwendeten Begriffen wie z.B. *active welfare state*, *enabling state*, *ensuring state*, *Sozialinvestitionsstaat* oder *vorsorgender Sozialstaat* zum Ausdruck. Dass der Staat die Pflicht hat, das freie Individuum zu befähigen, seine Lebenschancen autonom zu gestalten, ist innerhalb der Sozialdemokratie nicht umstritten. Umstritten ist, wie und in welcher Funktion er das tun soll. Gerade die gegen den nur nachsorgenden Staat in Stellung gebrachten Begriffe lassen schnell aus dem Blick geraten, dass auch der aktivierende oder vorsorgende Sozialstaat immer noch Wohlfahrtsstaat ist. Das vorsorgende Element kann nur neben das nachsorgende treten und es nicht ersetzen. Möglicherweise ist am Ende das Aufgabenspektrum des vorsorgenden Staats größer als das des nachsorgenden Sozialstaats. Der Hauptprotagonist des „Dritten Weges“, Anthony Giddens, hat dies mit seiner neuesten Sprachschöpfung, dem „ensuring state“ (etwa Gewährleistungsstaat) zum Ausdruck gebracht (vgl.: Giddens 2003). Der Begriff macht deutlich, dass der Staat eine Vielzahl von öffent-

lichen Gütern gewährleisten muss, damit Individuen ihre Lebenschancen wahrnehmen können. Über die soziale Sicherung hinaus bedeutet dies vor allem ein umfassendes Engagement in der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur, die nicht dem Markt überlassen werden darf. Hier könnte ein gemeinsames übergreifendes Ziel für die Strömungen der Partei liegen, denn für ein neues kohärentes Politikmodell ist eine Verständigung über den Staatsbegriff innerhalb der Sozialen Demokratie unerlässlich.

5. Strömungen und das nationale Umfeld

Parteien – also auch die Sozialdemokratie – sind niemals ausschließlich daran interessiert, ihre Politik im Sinne ihrer Programmatik umzusetzen (*policy-seeking*). Ein weiteres, mindestens ebenso wichtiges Interesse ist es, Wahlen zu gewinnen (*vote-seeking*) und Machtpositionen zu besetzen (*office-seeking*). In den Strategieüberlegungen spielen alle drei Ziele eine Rolle (vgl.: Strøm/Müller 1999). Allerdings gewichten die Mitglieder und unteren Funktionärssebenen gerade in der SPD oftmals die Verwirklichung der programmatischen Inhalte höher als machstrategische Entscheidungen. Nicht nur bei diesem Zielkonflikt beeinträchtigt das jeweilige Umfeld programmatische Positionen, sondern diese – und die sie vertretenden Strömungen – werden geprägt durch die konkreten institutionellen Kontexte und sonstigen Akteure in einem politischen System. So bedeutet Traditionalismus in Deutschland mitunter etwas anderes als Traditionalismus z.B. in Dänemark. Für die Positionierung der Strömungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind folgende Strukturen und Akteure von besonderer Bedeutung:

Die Gewerkschaften

Für die Parteien der Sozialen Demokratie sind die Gewerkschaften im Vergleich zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren von besonderer Bedeutung – gerade für die Durchsetzung einer bestimmten Strömung innerhalb der Partei. Zwar blieben diese im ersten Revisionismusstreit eher am Rande der von Theoretikern bestimmten Debatte, allerdings war das Interesse der Gewerkschaften in den ersten Jahrzehnten der Sozialen Demokratie auf Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems gerichtet (vgl.: Potthoff/Miller 2002: 54 ff.). Während im Keynesianismus die Interessen der Arbeitnehmerschaft und die Interessen der Allgemeinheit als deckungsgleich verstanden werden konnten, so ist dies unter den neuen Herausforderungen möglicherweise nicht mehr der Fall. Die inhaltlichen Vorstel-

lungen von Gewerkschaften und SPD können differieren, bzw. nur mit bestimmten Strömungen übereinstimmen. Die inhaltliche Position von nationalen Gewerkschaften ist wesentlich davon geprägt, welche Struktur und Interessenlage ihre Mitgliedschaft hat. Im Vergleich zu den skandinavischen Gewerkschaften, die aufgrund ihres Organisationsgrades von ca. 81% der Erwerbstätigen fast die gesamte Bevölkerung umfassen und deshalb Gemeinwohlinteressen in die eigene Strategiekalkulation aufnehmen müssen⁸, hatten die deutschen Gewerkschaften im Jahr 2000 einen Organisationsgrad von ca. 21% (Ebbinghaus 2003: 196). Sie vertreten tendenziell Insider, also Personen, die in einem relativ gut geschützten Normalarbeitsverhältnis in der Industrie oder dem öffentlichen Dienst stehen. Hieraus erklärt sich das Insistieren auf der Beibehaltung der bestehenden Strukturen. Der relativ strikte Kündigungsschutz und die statussichernde Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit entsprechen den Interessen ihrer Mitglieder. Entsprechend gibt es große personelle und inhaltliche Schnittmengen mit der traditionalistischen Strömung und bei Zielkonflikten zwischen nachsorgender und vorsorgender Ausrichtung des Sozialstaats präferieren sie traditionalistische Konzepte und werden dadurch zu einem mächtigen informellen Vetospieler für eine modernisierte Sozialdemokratie.

Parteienwettbewerb und die politische Konkurrenz

Zusätzlich agieren die Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie vor dem Hintergrund eines Parteienwettbewerbs, in dem sich auch die anderen Parteien wirtschafts- und sozialpolitisch positionieren. Dieses Konkurrenzverhältnis kann beeinflussen, welche Strömung mit ihrer inhaltlichen Ausrichtung in der öffentlichen Wahrnehmung und in der Sozialdemokratie dominierend wird. Es macht für die inhaltliche Ausrichtung der Sozialdemokratie einen Unterschied, welche wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung die bürgerliche Hauptpartei einnimmt (vgl.: Kitschelt 2001). Für die Sozialdemokratie in Deutschland ist der Hauptkonkurrent eine christdemokratische Partei, die immer noch auf dem Gedankengut der katholischen Soziallehre beruht und als zweite Sozialstaatspartei angesehen werden kann. Trotz neoliberaler Anwendungen vertritt auch die Christdemokratie eine Form der Sozialen Demokratie und hat besonders zur in Deutschland entwickelten Form der sozialen Sicherung eine bestimmte Affinität. Gerade für die Modernisierer in der SPD besteht immer die Gefahr, in der Sozialpolitik links überholt zu werden – d.h. nicht mehr als Hauptvertreter der ‚Sozialen Gerechtigkeit‘ in der Öffentlichkeit angesehen zu werden. Besonders bei Reformen

⁸ Diese Gewerkschaften sind so genannte umfassende (encompassing) Organisationen nach Olson (1968), die negative Seiteneffekte des eigenen Handelns nicht einfach externalisieren können.

der großen Transferprogramme (Rente, Gesundheit) hin zu einer stärker dienstleistungsorientierten Ausrichtung besteht diese Möglichkeit und es wird schwierig, sich gegenüber der Konkurrenz abzugrenzen, vor allem, wenn die parteiinterne traditionalistische Strömung den Wandel ebenfalls ablehnt. Erschwert wird diese Abgrenzung noch dadurch, dass die zunehmende Etablierung der Regionalpartei PDS als deutschlandweite Linkspartei eine dritte Sozialstaatspartei ins Spiel bringt. Die Reform der Arbeitslosenversicherung (Hartz IV) und der sich daraus speisende öffentliche Protest kann als entscheidendes Element dieses Höhenflugs angesehen werden. Stabilisiert sich diese Entwicklung, dann gleicht sich Deutschland dem Rest Europas an, in dem eine solche Partei die Norm ist.⁹ Gerade das Auftauchen einer solchen Formation bedeutet einen Bedeutungszuwachs für Traditionalisten und Gewerkschaftler innerhalb der Partei, denn diese können nun darauf verweisen, dass das Aufgeben entsprechender Positionen nicht nur inhaltlich falsch sei, sondern auch wahlstrategisch bedeutsam werden kann – und gerade die Gewerkschaften erhalten mit diesem zweiten politischen Bündnispartner potentiell ein Drohpotential an die Hand.

Pfadabhängigkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit

Unter Pfadabhängigkeit versteht man die Wirkung von in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen für die Handlungsoptionen heute. Parteiinterne Strömungen nehmen ihre Position auch vor dem Hintergrund vergangener Entscheidungen ein, die bei langem Vorlauf handlungsleitende Institutionen nach sich gezogen haben. Von besonderer Relevanz sind hier die nationalspezifischen Strukturen der wohlfahrtsstaatlichen Sicherheit. Der deutsche Sozialstaat kann als Prototyp des konservativen, statussichernden Wohlfahrtsstaats angesehen werden (vgl.: Esping-Andersen 1990). Dessen Schwerpunkt auf transferintensiven, beitragsfinanzierten Sozialversicherungen prägt die Erwartungen und Einstellungen sowohl der Bürger als auch der politischen Akteure. Selbst Gerechtigkeitsvorstellungen werden dadurch mitgeprägt und erschweren damit Veränderungen, die vordergründig nicht an diese Vorstellungen anschließen. Die skandinavischen Sozialdemokratien mit ihren universalistischen Wohlfahrtsstaaten haben es bei Modernisierungen ihrer Sozialsysteme deutlich einfacher, da diese Sozialstaaten von der Struktur her stark auf steuerfinanzierten Transfers und Dienstleistungen basieren, die schon vom Ansatz her leichter mit den Vorstellungen modernisierter Sozialer Demokratie zu vereinbaren sind (vgl.: Merkel et al. 2006). Forderungen in Deutschland, sich diesen Strukturprinzipien anzunähern, stoßen dann auf den Widerstand der tradi-

⁹ Jedenfalls dort, wo Verhältniswahlssysteme existieren, denn in Mehrheitswahlssystemen wie in Großbritannien ist das Aufkommen linker Konkurrenten bei sich modernisierenden sozialdemokratischen Parteien deutlich erschwert.

tionalistischen Strömung, wenn dieser Ausbau zulasten der bestehenden monetären Umverteilung gehen soll. Traditionalismus bedeutet heute in der Bundesrepublik, die bestehenden Strukturen der Sozialstaatlichkeit zu verteidigen.

Abschließende Bemerkungen

Vor jeder bedeutenden programmatischen Revision in der Sozialdemokratie stand zwangsläufig ein Richtungsstreit zwischen distinkten Strömungen innerhalb der Partei. Diese Revisionen fanden dann Eingang in das jeweilig gültige Grundsatzprogramm. Auch der aktuelle Strömungsstreit hat seinen Niederschlag im neuen Grundsatzprogramm gefunden. Sinn und Zweck eines Grundsatzprogramms ist es, zum einen notwendige Veränderungen bei den Zielen und Politikinstrumenten theoretisch aufzunehmen, zum anderen aber gleichzeitig diese Revision an bisher gültige Ziele und Inhalte anzubinden und als schlüssige Weiterentwicklung darzustellen. Nur dann können sich alle Strömungen in diesem Programm wieder finden und es kann als Basis für die gemeinsame Arbeit dienen und Wirkung für den Zusammenhalt der Partei entfalten. Gerade im augenblicklichen Strömungsstreit ist es notwendig, dass beide Gruppierungen jeweils ihr Kernanliegen klar konzeptionalisieren, um dann Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und alte und neue Politikinstrumente mit diesen zu verbinden. Fluchtpunkt einer solchen Synthese muss allerdings eine geteilte Auffassung über den Inhalt sozialer Gerechtigkeit und die Aufgabe des Staates sein. Nur dann können einzelne Politikinstrumente beider Richtungen kohärent auf diese Grundlage hin ausgerichtet werden. Innerhalb der Sozialdemokratie muss es geteilte Gewissheit darüber geben, wie das Verhältnis von materieller Gleichheit und Lebenschancengleichheit in ihrem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit gestaltet ist. Ein möglicher Ausgangspunkt für diese Klärung liegt in der Ausdifferenzierung des Staatsbegriffs und seiner Aufgaben für eine Soziale Demokratie des 21. Jahrhunderts.

(Dezember 2007)

*Christian Henkes (*1972) studierte Politikwissenschaft, Pädagogik und Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Von 2001 bis 2005 war er wissenschaftlicher Angestellter im DFG-Projekt "Sozialdemokratische Antworten auf integrierte Märkte - Dritte Wege im internationalen Vergleich" an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Seit 2005 arbeitet er als wissenschaftlicher Angestellter im DFG-Projekt "Integration als Herausforderung" am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin.*

Literatur

- Adler-Karlsson, Gunnar 1973: Funktionaler Sozialismus, Zug.
- Bernstein, Eduard 1977 [1921]: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Bonn.
- Cuperus, René/Kandel, Johannes (Hrsg.) 1998: European Social Democracy: Transformation in Progress, Amsterdam/Berlin, Bevrerijding.
- Ebbinghaus, Bernhard 2003: Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich, in: Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: 174-203.
- Egle, Christoph/Henkes, Christian 2003: Später Sieg der Modernisierer über die Traditionalisten? Die Programmdebatte in der SPD, in: Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlhöfer, Reimut (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden: 67-92.
- Esping-Andersen, Gøsta 1990: The three worlds of welfare capitalism, Princeton, N.J.
- Giddens, Anthony 1999: Der dritte Weg: Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt.
- Giddens, Anthony 2003: Introduction: Neoprogressivism. A New Agenda for Social Democracy, in: Giddens, Anthony (Hrsg.): The Progressive Manifesto. New Ideas for the Centre-Left, Cambridge: 1-34.
- Gohr, Antonia 2001: Eine Sozialstaatspartei in der Opposition. Die Sozialpolitik der SPD in den 80er Jahren, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil, Opladen: 262-293.
- Henkes, Christian/Petring, Alexander 2007: Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Sozialstaats, in: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays, Berlin: 47-70.
- Kitschelt, Herbert 1994: The Transformation of European Social Democracy, Cambridge/New York.
- Kitschelt, Herbert 2001: Partisan Competition and Welfare State Retrenchment. When Do Politicians Choose Unpopular Policies?, in: Pierson, Paul (Hrsg.): The New Politics of the Welfare State, Oxford/New York: 265-302.
- Lösche, Peter/Walter, Franz 1992: Die SPD. Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei, Darmstadt.
- Merkel, Wolfgang 1993: Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, Frankfurt a.M./New York.
- Merkel, Wolfgang 1996: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Sozialdemokratie, in: Borchert, Jens/Golsch, Lutz/Jun, Uwe/Lösche, Peter (Hrsg.): Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel, Opladen: 81-106.
- Merkel, Wolfgang 2000: Der "Dritte Weg" und der Revisionismusstreit der Sozialdemokratie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Hinrichs, Karl/Kitschelt, Herbert/Wiesenthal, Helmut (Hrsg.):

Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften, Frankfurt a.M.: 263-290.

Merkel, Wolfgang/Egle, Christoph/Henkes, Christian/Ostheim, Tobias/Petring, Alexander 2006: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden.

Meyer, Thomas 1991: Eduard Bernstein (1850-1932), in: Euchner, Walter (Hrsg.): Klassiker des Sozialismus I, München: 203-217.

Meyer, Thomas 2001: Grundwerte im Wandel, in: Müntefering, Franz/Machnig, Matthias (Hrsg.): Sicherheit im Wandel. Neue Solidarität im 21. Jahrhundert, Berlin: 13-30.

Meyer, Thomas 2005: Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden.

Meyer, Thomas 2007: Die blockierte Partei - Regierungspraxis und Programmdiskussion der SPD 2002-2005, in: Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden: 83-97.

Olson, Mancur 1968: Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen.

Padgett, Stephen 1994: The German Social Democratic Party: Between Old and New Left, in: Bell, David/Shaw, Eric (Hrsg.): Conflict and Cohesion in Western European Social Democratic Parties, London/New York: 10-30.

Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn.

Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang 1999: Political Parties and Hard Choices, in: Müller, Wolfgang/Strøm, Kaare (Hrsg.): Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe make Hard Decisions, Cambridge: 1-35.

Walter, Franz 2002: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin.

Weßels, Bernhard 2001: Die "Dritten Wege": Eine Modernisierung sozialdemokratischer Politikkonzepte?, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts.: 43-64.